

Sexueller Missbrauch Prävention darf nicht länger vom Wohnort abhängen

Dresden, 23. Juli 2026 – Sexueller Missbrauch von Kindern, Prävention darf nicht länger vom Wohnort abhängen

Die aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamtes sind alarmierend. Auch im Jahr 2025 wurden bundesweit erneut mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche Opfer sexuellen Missbrauchs. Gleichzeitig nehmen Delikte im digitalen Raum, etwa Cybergrooming, Sextortion oder KI-gestützte Missbrauchsdarstellungen, weiter zu. Diese Entwicklung macht deutlich, der Schutz von Kindern muss deutlich früher beginnen und darf nicht erst einsetzen, wenn Straftaten bereits geschehen sind.

„Der Landeselternrat sieht insbesondere Schulen und Kindertageseinrichtungen als zentrale Orte der Prävention. Kinder verbringen dort einen großen Teil ihres Alltags. Umso wichtiger ist es, dass Prävention gegen sexualisierte Gewalt, Medienbildung und der sichere Umgang mit digitalen Angeboten verbindlicher Bestandteil schulischer Bildung werden“, erklärt **Stefan Kraft**, Vorsitzender des Landeselternrates Sachsen.

Gleichzeitig bestehen zwischen den Kommunen erhebliche Unterschiede. Während einzelne Städte und Landkreise bereits auf Präventionsnetzwerke, Beratungsstellen und regelmäßige Schulprogramme zurückgreifen können, fehlen entsprechende Angebote andernorts nahezu vollständig. Kinderschutz darf jedoch nicht davon abhängen, in welcher Kommune ein Kind lebt.

Der Landeselternrat fordert deshalb die sächsischen Kommunen auf,

- Präventionsangebote gegen sexualisierte Gewalt flächendeckend auszubauen,
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien dauerhaft zu sichern,
- Schulen und Kindertageseinrichtungen eng mit Jugendhilfe, Polizei und Fachberatungsstellen zu vernetzen.

Gleichzeitig fordert der Landeselternrat das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) auf,

- Prävention gegen sexualisierte Gewalt und digitale Gefahren verbindlich in allen Schularten zu verankern,

- regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal sicherzustellen,
- Schulen personell und finanziell so auszustatten, dass Präventionsarbeit dauerhaft geleistet werden kann,
- Medienbildung und den Schutz vor digitaler Gewalt verbindlich in Unterricht und Schulentwicklung zu integrieren.

„Jedes missbrauchte Kind ist eines zu viel. Prävention darf kein freiwilliges Zusatzangebot sein, sondern muss selbstverständlicher Bestandteil von Bildung werden. Kommunen und Freistaat Sachsen tragen gemeinsam Verantwortung dafür, dass jedes Kind – unabhängig vom Wohnort – den gleichen Schutz erhält.“ erklärt **Michael Gehrhardt**, Mitglied des erw. LER-Vorstandes und Vorstandsmitglied des Kreiselternrates Leipzig.

„Die aktuellen Entwicklungen zeigen deutlich, dass Kinderschutz nicht allein Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden sein kann. Er beginnt mit Aufklärung, Prävention und einer verlässlichen Zusammenarbeit von Schule, Elternhaus, Jugendhilfe und Politik“, so Gehrhardt abschließend.

Der Landeselternrat appelliert an Kommunen und das SMK, die Erkenntnisse des Bundesla- gebildes jetzt in konkretes Handeln umzusetzen. Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf ein sicheres Aufwachsen – analog wie digital. Dafür braucht es verbindliche Strukturen, ausreichende finanzielle Mittel und den politischen Willen, Prävention endlich zur Priorität zu machen.